

Westfälische Zeitung

Die Westfälische Zeitung ist am 6. April 1811 als „Offizielle Zeitungen für die Grafschaft Ravensberg“ gegründet. Sie erscheint mit den Beilagen „West und Ost“, „Literarische Rundschau“, „Die Welt der Frau“, „Aus dem Reiche der Technik“, „Schule und Haus“, „Landwirtschaft und Gartenbau“ an jedem Wochentag. Geschäftsführer und Redakteur: Niederwerth, Nr. 27. Stempelreiter 61, 62, 63, 64.

Gepr. 1811

BIELEFELDER TÄGEBLATT

Bezugspreis monatlich 2.00 Mfl. Im Falle höherer Gewalt, der Streit oder Betriebsförderung hat der Besitzer keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises. Einzelverkauf 15 Pfg. die einzelpreis 1 Millimeterzeit; Beilagen 15 Mfl. das Exemplar bei Zeitungsverkauf 20 Mfl. — Plakatverkäufe mit erhöhtem Zuschlag. — Rabatt nach Tarif. — Bei letzter Zahlung und in Abrechnungen kommt etwa verminderter Rabatt in Westfalen.

Nr. 26

Bielefeld, Dienstag, 31. Januar 1933

123. Jahrgang

Reichskabinett Hitler — Papen

Gewaltige Kundgebungen in Berlin für die neue Reichsregierung.

Der große Versuch.

Bielefeld, 30. Januar.

Hindenburg hat Hitler zum Reichskanzler ernannt. Der neue Kanzler hat von früheren Reichskanzlern von Papen zum Reichskanzler und Reichsminister für Preußen, den deutsch-nationalen Parteiführer Dr. Hugenberg zum Wirtschafts- und Landwirtschaftsminister und den Stahlhelmführer Seehofer zum Reichsarbeitsminister ausgewählt. In diesen beiden Jahren dokumentiert sich in wichtiger Weise das große politische Geschehen, daß dem Rücktritt der Regierung Schleicher gefolgt ist. Wir stehen am Beginn eines politischen Versuchs von wirklich historischer Bedeutung. Wölfe es gelingen, unter dem Zeichen der nationalen Zusammenarbeit und unter Beicht auf alle parteipolitischen Differenzen und vermeidbare Verfassungsexperimente Deutschland eine im besten Sinne nationale und sozialistische Staatsregierung zu geben, die, von breiten Säulen des deutschen Volkes getragen, endlich die Kraft und Ausdauer findet, die notwendigen Sanierungs- und Reformarbeiten durchzuführen und die außenpolitische Freiheitspolitik fortzusetzen. Wir brauchen heute bringender als je eine Politik der entschlossenen Tat und nicht der großen Worte. Wölfe es gelingen, die Politiker, die sich bisher als Meister des Wortes erwiesen haben, nunmehr zeigen, daß sie darüber hinaus auch Meister der Tat sind und sich dabei beweisen, daß — insbesondere hinsichtlich der Außenpolitik — der Beicht auf alle großen Worte schon eine Tat ist.

Das Kabinett Hitler kann als Kabinett der kurzfristigen Front gekennzeichnet werden. Nach vielen Erwägungen ist die in Hessen eink ansehnlich schon so nahe gewesene nationale Konzentration zusammengekommen und Reichspräsident von Hindenburg hat, der politischen Entwicklung Rechnung tragend, den Führer der kürzlichen Partei auch die Führung des neuen Kabinetts übertraut. Hindenburg und Hitler haben sich gegenseitig Juge stand zu machen müssen, ohne die es nun einmal in der Politik nicht geht. Das jetzt amtierende Kabinett Hitler ist kein Kabinett, das

werden die Aussichten sein, daß die Regierung über die Parteien der Kabinettmitglieder hinaus Einigung und tätige Mitarbeit findet. Wir haben schon vor Monaten immer wieder darauf hingewiesen, daß es in politischen Kreisen nicht auf die 51 Prozent eines Parteiparlements ankommt, sondern auf die Bildung eines großen geschlossenen nationalen Blocks. Die Regierung Hitler-Papen stellt den Versuch der Eingliederung der nationalsozialistischen Bewegung in den Staat dar. Dieser Versuch mußte einmal gemacht werden. Der Beicht Hitler auf eine braune Mehrheit im Kabinett, die Heranziehung exprobier Fachleute in Außenpolitik und Finanzen, die Mitarbeit Hugensburgs und Seehofer werden hoffentlich dazu führen, daß dieser Versuch von Erfolg gekrönt wird. Sicherlich wird die Zukunft schwere Kämpfe um das neue Kabinett bringen. Das nationale Bürgerum sieht mit Genugtuung den Versuch zur Eingliederung der nationalsozialistischen Bewegung in den Staat, es wird sein Bestes tun, die Zusammenarbeit erfolgreich zu gestalten — die politische Entwicklung wird erst zeigen müssen, ob die große Stunde auch wirklich große Führer gefunden hat. — th.

Das neue Kabinett.

Berlin, 30. Januar.

Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichspräsident hat Herrn Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt und auf dessen Vorschlag die Reichsregierung wie folgt neu gebildet:

Reichskanzler a. D. von Papen zum Stellvertreter des Reichskanzlers und Reichsminister für das Land Preußen;

Freiherr von Neurath zum Reichsminister des Auswärtigen;

Staatsminister a. D. Mitglied des Reichstags Dr. Brügel zum Reichsminister des Innern;

Generalstaatsrat Freiherr von Blomberg zum Reichswehrminister;

Generalstaatsrat Schwerin-Krosigk zum Reichsminister der Finanzen;

Geheimer Finanzrat Mitglied des Reichstags Hugenberg zum Reichsminister der Wirtschaft und zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.

Franz Seldte zum Reichsarbeitsminister.

Freiherr von Eltz-Rübenach zum Reichs-

postminister und zum Reichsverkehrsminister.

Reichstagspräsident Göring zum Reichsminister für die Geschäftsführung des preußischen Innensenates und gleichzeitig zum Reichsminister für den Außenpolit.

Reichsminister Göring wurde mit der Wohnungnahme der Geschäfte des preußischen Innensenates und gleichzeitig zum Reichsminister für die Geschäftsführung des preußischen Innensenates bestimmt.

Reichsminister für Arbeitsbeschaffung Bercke wird in seinem Amt bestätigt. Die Bezeichnung des Reichsjunktiministers bleibt vorbehalten.

Erste Sitzung des Reichskabinetts.

Berlin, 30. Januar.

Das neue Reichskabinett traf am Montag nachmittag zu seiner ersten Sitzung zusammen, in der Reichskanzler Hitler auf die Bedeutung des Tages



endlich die Kraft und Ausdauer findet, die notwendigen Sanierungen und Reformarbeiten durchzuführen und die außenpolitische Belebungspolitik fortzuführen. Wir brauchen heute dringender als je eine Politik der entschlossenen Tat und nicht der großen Worte. Blaue Blaue die Politiker, die sich bisher als Meister des Wortes erwiesen haben, nummer zeigen, daß sie darüber hinaus auch Meister der Tat sind und noch dabei bemüht sein, daß — insbesondere hinsichtlich der Außenpolitik — der Vergleich auf ein zu große Worte schon eine Tat ist.

Das Kabinett Hitler kann als Kabinett der Habsburger Front gekennzeichnet werden. Nach vielen Artenwegen ist die in Habsburg einst anscheinend schon so nahe gewesene nationale Konzentration zustandegekommen und Reichspräsident von Hindenburg bei der politischen Einigung Rechnung tragend, den Führer der kürzesten Partei auch die Führung des neuen Kabinetts übertraut. Hindenburg und Hitler haben sich gegenlebig Zugeständnisse machen müssen, ohne die es nun einmal in der Politik nicht geht. Das jetzt amtierende Kabinett Hitler ist kein braunes Parteikabinett und es wird Aufgabe der in diesem Kabinett mitarbeitenden bürgerlichen Politiker sein, jede Entwicklung zu einfälliger Parteiherrschaft zu verhindern. Das heißt aber nicht, daß der den Nationalsozialisten zugeschneide Einfluß sabotiert werden soll.

Die Herausung Papens mit der Steuerung des Reichskanzlers und dem Reichskommissar in Preußen dürfte die Vertrauensbrücke des neuen Kabinetts zum Reichspräsidenten sein. Möge es dem neuen Kanzler gelingen, aus dieser Brücke das volle Vertrauen des Reichsverbrauchs durch die Taten seines Kabinetts zu erlangen, nachdem Hindenburg formal seine früheren Bedenken gegen Hitler zurückgestellt hat, in dem er ihn mit dem Kanzleramt betraute. Die Vereinigung des Wirtschafts- und Landwirtschaftsministeriums in der Hand Hugenberg's wird endlich dem untragbaren Zustand ein Ende machen, daß Industrieminister und Landwirtschaftsminister gegeneinander arbeiten. Es ist wohllich keine leichte Aufgabe, die Hugenberg überzuhören hat, jemals er auch auf manche nationalsozialistischen Gedanken in der Wirtschaftspolitik nicht Rücksicht nehmen müßte. Hier wird ihm der als Arbeitsminister in das Kabinett eingetretene Stahlbeinhüter Seelde helfen zur Seite stehen müssen. Möge der Stahl, um gleich der Gemeinschaftsarbeit an die Zielle des vollgesicherten Massenfamiliengebäudes in Wirtschaft und Gesellschaft treten, dann wird das deutsche Volk auch durch dantie Radt wirtschaftlicher und politischer Not den Weg aufwärts finden. —

Die Aussichten des Kabinetts Hitler-Papen werden von den Erfolgen und dem Geist seiner Regierungssardine abhängen. Je klarer der Kurs ist, den die neue Regierung einzulegen, je offener sie notwendige Reformen erläutert und von phantastischen Experimenten absieht, je entschlossener sie sich politischer und sozialer Arbeit entgegenstellt und je sicher sie das Band zum greisen Reichspräsidenten knüpft, umso größer

es wird sein Wesen tun, die Zusammenarbeit erfolgreich zu gestalten — die politische Entwicklung wird erst zeigen müssen, ob die große Zusage auch wirklich großer Führer gefunden hat. — ih.

Wirtschaft und zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.
Franz Seldte zum Reichsarbeitsminister.
Freiherr von Eich-Rübenach zum Reichs-

landwirtschaftlichen Minister auf die Nachfolge des Dr. Scherzer.

Die neuen Männer



Echte Reihe: v. Papen
Zweite Reihe: Dr. Krupp
Dritte Reihe: Dr. Seelde

von Neurath — Ministerpräsident von Preußen
Dr. Erwin von Strohsahl — Dr. Hugenberg
Dr. Brüning — Dr. Gereke



hinviele, an dem die Einigung der nationalen Kräfte Deutschlands durch die Bildung eines Kabinetts der nationalen Konzentration erreicht werden sei. Die Politik des Kabinetts sollte den Ausbruch des Klaubens und Verträgung, der heute im heutigen Volle Kontakt zum Ausbruch gekommen sei, nicht entkräften. Der Reichstag gab dann einen Urteil über die Grundlage nach denen er seine Politik zu führen gewollte und über das Verhalten, das gegenüber dem Reichstag angewandt werden sollte. Eine allgemeine Aussprache erlaubt eine völlige Vereinigung der Anstrengungen.

Ferner wurde beschlossen, dem Reichspräsidenten anstelle des juristischen Staatsräte des Platz des Ministerialrat im Reichskommissariat des Innern Dr. Lammerz zum Staatssekretär in der Reichskanzlei und anstelle des juristischen Staatsräte des Platz des Platz des Ministerialdirektors Amt, zum Ministerialdirektor und Seiter der Presseabteilung der Reichsregierung vorzulegen.

Reichstag am 7. Februar.

Berlin, 30. Januar.

Der Reichstag des Reichstages, der am Montag nachmittag unter dem Vorh. von Präsident Goering tagte, beschloß entsprechend einem nationalsozialistischen Antrag, mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten, die nächste Sitzung des Reichstages während am Dienstag, den 7. Februar, zu konstituieren zu lassen. Ein früherer Termin soll nur dann gewählt werden, wenn der Vierzigste den Wahltag bereits vor Dienstag nächster Woche ihre Erklärung im Reichstag abgegeben.

Die ersten Misstrauensanträge.

Berlin, 30. Januar.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat am Montag nachmittag folgenden Antrag beschlossen: